



II-9297 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN
DR. WOLFGANG SCHÜSSEL

Z1. 10.101/286-XI/A/1a/89

Wien, am 1. Dezember 1989

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf P Ö D E R

4269 IAB
1989 -12- 04
zu 4321 IJ

Parlament
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 4321/J betreffend Tagbauprojekte der Wolfsegg-Trauntaler Kohlenwerke AG, welche die Abgeordneten Dr. Gugerbauer und Eigruber am 4. Oktober 1989 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

In den Jahren 1985 bis einschließlich 1988 wurden der Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG (WTK) aus Mitteln der Bergbauförderung folgende Beihilfen gewährt:

1985	8,1 Millionen Schilling
1986	5,0 Millionen Schilling
1987	5,0 Millionen Schilling
1988	7,0 Millionen Schilling

Für das Jahr 1989 ist wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage des genannten Unternehmens eine Beihilfe von 30,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Zu Punkt 2 der Anfrage:

Auch in Zukunft sind für die Tagbauprojekte der WTK entsprechend dem Bedarf aus Mitteln der Bergbauförderung Unterstützungen vorgesehen.

Zu Punkt 3 der Anfrage:

Der Betrieb der Braunkohlenbergbaue im Hausruck trägt zur Sicherung der Versorgung der heimischen Wirtschaft mit Energierohstoffen bei.

Die Lagerstätten im Hausruck-Kohlenrevier sind weitgehend aufgeschlossen und für die Gewinnung vorgerichtet. Im Jahr 1988 ist darüber hinaus eine dem letzten Stand der Technik entsprechende Aufbereitungsanlage in Betrieb genommen worden. Aus betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gründen ist daher die Auskohlung des Reviers, die in etwa 6 Jahren beendet sein wird, geboten.

Zu Punkt 4 der Anfrage:

Da die Braunkohlenvorräte im Hausruckgebiet begrenzt sind, und in ca. 7 Jahren mit einer totalen Auskohlung der Lagerstätten gerechnet werden kann, sind bereits heute Maßnahmen wie Betriebsansiedelungen und Umstrukturierungen in dieser Region im Gange. So gelangen beispielsweise der Entwicklungsgesellschaft Hausruck Gesellschaft m.b.H. bereits 1987 die ersten Ansiedlungs- bzw. Umstrukturierungserfolge. Es ist zu erwarten, daß diese Gesellschaft durch neue Aktivitäten z.B. der Herausgabe eines qualifizierten Prospektes über die Industriestandorte im Hausruckgebiet weitere Maßnahmen zur Strukturverbesserung in dieser Region setzen wird, wodurch eine stufenweise Überführung eines Bergbaugesbietes in eine krisensichere Region mit einer breiteren Streuung der Wirtschaftsstruktur erreicht wird.

Weiters wurde am 16. März 1984 mit dem Land Oberösterreich ein Vertrag gemäß Art. 15 a B-VG abgeschlossen, wodurch ein gemeinsames Sonderförderungsprogramm für fünf Jahre, welches auch das Hausruckviertel umfaßt, eingerichtet wurde. Dadurch wurden Mittel

- 3 -

für die bei der BÜRGES-Förderungsbank eingerichtete Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz und der Kleingewerbekreditaktion zur Verfügung gestellt, um in Form einer verbesserten Regionalförderung Umstrukturierungsmaßnahmen speziell zu fördern. Diese Aktion, die am 15. März 1989 ausgelaufen ist, wurde aufgrund noch vorhandener Mittel bis Ende Oktober 1989 verlängert.

Zu Punkt 5 der Anfrage:

Die Kraftwerke der Oberösterreichischen Kraftwerke AG (OKA) sind auf die Verfeuerung von Braunkohlen, speziell aus oberösterreichischen Lagerstätten, ausgerichtet. Eine ausschließliche Alimentierung mit ausländischen Kohlen, wie sie zur Zeit kostengünstig angeboten werden, ist aus technischen Gründen nicht möglich, weshalb auch ein Kostenvergleich "Kohle der WTK - Kohle von ausländischen Lagerstätten" zur Feststellung von allfälligen Mehrkosten nicht zielführend ist.

Die genannten rund 50 Millionen Schilling jährlichen Mehrkosten können aufgrund der von der OKA im Zuge des preisbehördlichen Vorprüfungsverfahrens im November 1976 vorgelegten Unterlagen bestätigt werden. Diese durch den Bezug inländischer Braunkohle sich ergebenden zusätzlichen Kosten wurden aus volkswirtschaftlicher Sicht (Verringerung der hohen Auslandsabhängigkeit Österreichs, Anhebung der Versorgungssicherheit usw.) in diesem Preisverfahren für die OKA anerkannt.

Wolfgang J. ...